

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Friede, Wohlstand und Sicherheit für Niederösterreich: Russland-Sanktionen beenden!**

Mit der Unterstützung der Russland-Sanktionen hat Österreich seine Rolle als neutrales Land und Vermittler in Krisensituationen nachhaltig beschädigt. Anstatt einerseits den Krieg zu verurteilen und sich andererseits an die österreichische Verfassung zu halten, hat die Bundesregierung mit einer einseitigen Außen- und Wirtschaftspolitik die Teilnahme an einem Wirtschaftskrieg in die Wege geleitet. Damit hat Österreich nicht nur diplomatischen Schaden erlitten. Indem man als Ort für etwaige Verhandlungen auf neutralem Boden nicht mehr infrage kommt, muss – vor allem die Bevölkerung – die vielseitigen Konsequenzen für die mit der Neutralität nicht vereinbaren Sanktionspolitik tragen. So gab es Treibstoffengpässe, die Lebensmittelpreise in den Supermärkten sind deutlich gestiegen, die Preise für Strom explodieren und die Inflation hat als logische Konsequenz mit 10,5 Prozent im September 2022 einen traurigen Höchstwert seit 70 Jahren erzielt – die neutrale Schweiz hatte im Vergleich lediglich eine Inflation von 3,3 Prozent. Die Sanktionen, an denen sich Österreich beteiligt, wirken also in erster Linie gegen Österreichs Wirtschaft selbst.

Vor allem das Ölembargo erwies sich als wirkungslos. Dass sich Russland einfach andere Abnehmer für seine begehrte Ware sucht, war vorherzusehen. Nach 0,06 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter) pro Tag im Jahr 2021 lieferte Russland Mitte 2022 bereits 1 Million Barrel an Indien. Indien steigerte daraufhin seine Mineralölproduktion sowie seine Exporte – das Center für Research on Energy and Clean Air geht demzufolge davon aus, dass das Russische Öl in Form von Treibstoffen über Indien indirekt auch an die EU verkauft wird. Dass die Sanktionen auf dem Ölsektor somit umgangen und ausgehöhlt werden, ist mehr als wahrscheinlich. Aufstrebende Länder kaufen nun das für sie billiger gewordene russische Öl und nutzen die Schwächung der EU-Russland-Beziehung aus. Der indische

Regierungsberater Narendra Taneja hat es mit folgender Aussage auf den Punkt gebracht: *"Öl hat für uns nichts mit Politik zu tun. Es ist eine Handelsware. Wir sehen uns auf dem Weltmarkt um und schauen natürlich auf den Preis."* Während also „neue Partner“ von ihren verstärkten Beziehungen zu Russland profitieren, fährt der Energieriese Gazprom zudem Rekordgewinne durch die gestiegenen Gas- und Ölpreise ein. Rund 42 Milliarden Euro soll der Gewinn im ersten Halbjahr 2022 betragen haben – währenddessen wissen viele österreichische Betriebe und Haushalte nicht mehr, wie sie sich das Gas leisten können und ob sie überhaupt noch genug davon erhalten werden. Zudem wurde auch klar, dass die Einnahmen Russlands aus fossilen Energieexporten während des Konflikts mit der Ukraine mit 158 Milliarden Euro die geschätzten Kosten des Krieges von 100 Milliarden Euro deutlich übersteigen. Dass Russland finanziell in die Knie gezwungen werden kann, entpuppt sich somit Tag für Tag mehr als eine Fehleinschätzung.

Somit stellt sich die Frage, wieso an diesen Sanktionen festgehalten wird. Egal ob diese aus moralischen Gründen befürwortet werden oder nicht – der Schaden ist wesentlich höher als der erhoffte Nutzen. Zudem wird die österreichische Verfassung mit jedem Tag einen Schritt mehr ausgehöhlt. Die Bilder von Militärtransporten durch österreichisches Staatsgebiet tun ihr Übriges, um die Bevölkerung zu verunsichern und den Eindruck zu verfestigen, die österreichische Neutralität sei ohnehin schon längst abgeschafft.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten vorstellig zu werden und für ein sofortiges Ende der österreichischen Beteiligung an den Russland-Sanktionen einzutreten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.